



20 Jahre Völkermord in Ruanda: Vereinte Nationen stärken

20 Jahre Völkermord in Ruanda: Vereinte Nationen stärken
Zum 20. Jahrestag des Beginns des Völkermordes in Ruanda erklärt Cem Özdemir, Bundesvorsitzender von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: "Vor zwanzig Jahren fand in Ruanda einer der schlimmsten Völkermorde der Geschichte statt. Innerhalb von 100 Tagen wurden angeleitet durch Hutu-Extremisten mehr als 800.000 Menschen, mehrheitlich Tutsi, aber auch gemäßigte Hutus und ein Drittel der Minderheit der Twa auf brutalste Weise ermordet. Der Völkermord hinterließ hunderttausende Verletzte, zehntausende Waisen und Witwen, hunderttausende systematische vergewaltigte Frauen und Mädchen, die Mehrheit davon - oft absichtlich - mit HIV infiziert. Was im Frühling 1994 in Ruanda geschah war keine Stammesfehde, kein plötzlich hereinbrechendes Unglück, keine Laune der Unmenschlichkeit. Es war ein systematisch organisierter Massenmord, präzise geplant und durchorchestriert durch die Führungselite extremistischer Hutu-Parteien. Trotz aller eindeutiger Anzeichen, trotz der Warnungen von Ruändern, ausländischer NGOs und den UN-Kräften vor Ort, unternahm die internationale Gemeinschaft nichts, um den drohenden Völkermord zu stoppen. Der Genozid ging als eines der größten Versagen der Vereinten Nationen in die Geschichte ein. Gerade deswegen sollte eine Konsequenz aus Ruanda die Stärkung der Vereinten Nationen und ihrer Instrumente zur Prävention und Verhinderung von Völkermorden sein. Die Vereinten Nationen sind nur so stark und effektiv wie die Unterstützung ihre Mitglieder. Gerade Deutschland muss sich für eine handlungsfähige UNO engagieren, zivile Krisenprävention stärken und bereit sein, sich sowohl personell als auch finanziell verstärkt an UN-Friedensmissionen zu beteiligen. Zur Verhinderung von Völkermorden und Kriegsverbrechen gehört die Kontrolle von Rüstungsexporten ebenso wie eine auch an Konfliktprävention orientierten Handels- und Entwicklungspolitik. Völkermord ist eines der grausamsten Verbrechen gegen die Menschheit und der Fortschritt unserer Zivilisation muss sich daran messen lassen, ob es ihr gelingt, Genozide zu verhindern."
PRESSEDIENST BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Bundesvorstand Dr. Jens Althoff, Pressesprecher
Platz vor dem Neuen Tor 1 * 10115 Berlin
Email: <mailto:presse@gruene.de>
Tel: 030 - 28442 130 * Fax: 030 - 28442 234


Pressekontakt

Bündnis 90/Die Grünen

11015 Berlin

<mailto:presse@gruene.de>

Firmenkontakt

Bündnis 90/Die Grünen

11015 Berlin

<mailto:presse@gruene.de>

Wir wollen mit unserer Wirtschafts- und Sozialpolitik die Voraussetzungen für neue Ausbildungsplätze und Arbeitsplätze mit Zukunft schaffen und soziale Ausgrenzung bekämpfen. Wir wollen den Kampf gegen die Klimazerstörung und für eine neue Energiepolitik verstärken. Unsere Wirtschaft wollen wir ressourcenschonend gestalten. Wir wollen eine neue Landwirtschaft und starke ländliche Räume, wir wollen die Rechte der Verbraucherinnen und Verbraucher stärken und gesunde Lebensmittel für alle. Für uns hat die Gesundheit der Verbraucherinnen und Verbraucher Vorrang vor wirtschaftlichen Interessen. Wir wollen den Menschen durch Bildung eine Zukunftsperspektive geben. Wir wollen das Engagement für Demokratie, Bürgerrechte, Minderheiten und eine weltoffene Gesellschaft weiterführen. Wir treten national wie international für die gerechte Globalisierung und eine dem Frieden, der Gewaltfreiheit, den Menschenrechten und der Demokratie verpflichtete Außenpolitik ein.